

HDF
Nordrhein Westfalen
Kuzey Ren Vestfalya
Waldecker Strasse 21
51065 Köln

1. Was bedeutet gelungene Integration für Sie?

Wir befürworten das Konzept der Inklusion gegenüber dem Konzept der Integration. Einwanderer müssen sich nicht an eine imaginäre Mehrheitskultur in Deutschland anpassen, sondern wir brauchen eine Gesellschaftsordnung, die jedem einzelnen Menschen Teilhabe ermöglicht, das heißt sein Leben selbstbestimmt zu gestalten und sich selbst in die Gesellschaft einzubringen. Die Grenze der Selbstbestimmung ist dabei der Punkt, in dem die Freiheit eines anderen eingeschränkt würde.

2. Wie beurteilen Sie die Einführung eines Wahlrechts auf kommunaler Ebene für langjährige in Deutschland lebende Ausländer aus Nicht-EU-Ländern?

Wir fordern in unserem Wahlprogramm das Wahlrecht auf kommunaler Ebene für alle Menschen. Jeder sollte über die Politik an dem Ort, an dem er lebt, mitbestimmen können.

3. Wie stehen Sie zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund? Wie weit sollte die Förderung gehen?

Mehrsprachigkeit ist ein Wert, den es zu fördern gilt. Wir begrüßen muttersprachlichen Unterricht zur Festigung der Muttersprache und zum leichteren Erwerb des Deutschen. Dies darf jedoch nicht mit Selektion der Lernenden in verschiedenen Klassen anhand von Sprache und Herkunft einhergehen. Der muttersprachliche Unterricht sollte bestehende Sprachfähigkeiten zertifizieren und somit als Qualifikation wertschätzen. Die Didaktik von „Deutsch als Zweitsprache“ soll stärker in die Lehrerbildung und die Fortbildungen eingehen.

4. Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt, dass Rassismus bis in die Mitte unserer Gesellschaft vorgedrungen ist – welche Mittel halten Sie für wirksam, um dagegen und in welcher Form werden Sie sich gegen Rassismus einsetzen?

Nur das stetige Miteinander verschiedener Kulturen kann helfen, Vorurteile, die in Rassismus enden, abzubauen. Es ist daher unumgänglich, die verschiedenen Kulturen so früh wie möglich zusammenzuführen. Wenn Kinder schon im Kindergarten den Umgang mit dem "Fremden" spielerisch erlernen, werden sie in der Zukunft viel weniger Ängste haben, die der Grund für Rassismus sind. Wir fordern daher den flächendeckenden und umfangreichen Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten ab frühester Kindheit.

Im Erwachsenenalter Vorurteile abzubauen ist wesentlich schwieriger. Hier kann nur die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Herkunft langsam aber stetig Abhilfe schaffen. Wir sehen hier den öffentlichen Dienst als Vorreiter. Die Zahl der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund muss signifikant erhöht werden.

Wir werden uns zudem gegen Diskriminierungen wie aufgrund der Hautfarbe oder anderer äußerer Merkmale einsetzen. Statt einseitig bei Verhalten und Befähigungen der Benachteiligten anzusetzen, müssen diskriminierende Strukturen aufgedeckt, reflektiert und wirksam bekämpft werden. Zur Unterstützung der beteiligten Gruppen sind ausreichende finanzielle Mittel bereit zu stellen.

5. Bei einer Einbürgerung in Deutschland wird bei den meisten EU-Bürgern die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft problemlos akzeptiert. Diese Möglichkeit gibt es nicht für die größte und schon seit vielen Jahrzehnten in Deutschland lebende Gruppe der türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten.

Zusatzfragen:

Wie stehen die PIRATEN zum Doppelpass und zur Optionspflicht?

Haben die PIRATEN Vorbereitungen/Vorschläge für eine generelle Zulassung des Doppelpasses?

Wir setzen uns für die Akzeptanz doppelter und mehrfacher Staatsangehörigkeiten ein, um die Hürde zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und des damit verbundenen Wahlrechts zu senken. Der Zwang zur Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit (Optionspflicht) entfällt. Menschen, die seit langem in Deutschland leben, sollen unabhängig von wirtschaftlichen Kriterien die Möglichkeit haben, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Dies ist Teil des Integrationsprozesses, nicht dessen Ziel.

Was werden die PIRATEN nach den Bundestagswahlen im September 2013 unternehmen um den Doppelpass zu ermöglichen?

Unsere Bundestagsfraktion wird entsprechende Gesetzesinitiativen anstoßen und die Initiativen anderer Fraktionen unterstützen.